

① Eine Meinungs-Bildungsvielfalt

30. November Verbissen kämpfen Befürworter und Gegner um die besseren Argumente

bz

Viele Wege nach Pisa

Die Befürworter Materie differenziert betrachten

Erziehungswissenschaftler Clemens Diesbergen hat in Muttenz Zahlen und Argumente ausgebreitet, die für eine freie Schulwahl sprechen.

TOBIAS GFELLER

Die Situation, in der sich Clemens Diesbergen befindet, ist paradox. Einerseits beschäftigt er sich seit Jahren mit der Thematik und kämpft für eine freie Schulwahl in der Schweiz. Andererseits ist er als Lehrer an der pädagogischen Fachhochschule Nordwestschweiz selber Teil des Systems der Staatsschulen. Es sei wichtig, diese nicht triviale Materie differenziert zu betrachten, sagte der Erziehungsfachmann am Montagabend in Muttenz, als er auf Einladung der «Elternlobby» über die Vorzüge der freien Schulwahl referierte. «Eine Schwarzweiss-Malerei nützt in diesem Zusammenhang wenig. Ich bin gespannt auf die Stimmbeteiligung und das Interesse in der breiten Bevölkerung», sagte er.

Diesbergen teilt seine Argumentation in verschiedene Teilbereiche auf. Der Bürger werde vom Monopol der Staatsschule bevormundet: der einzelne Bürger sei gezwungen, sich den politischen Entscheidungen zu unterwerfen, nennt der Referent politisch-philosophische Gründe für eine Annahme der Initiative. Nach Diesbergens Meinung werden finanzschwächere Familien vom Zweiklassensystem der Bildung benachteiligt.

Der zweite Blick

Die Gegner Grossaufmarsch für die Volksschule



SCHULWAHL Am 30. November schaut die ganze Schweiz auf das Baselbieter Stimmvolk, weil dort erstmals in der Schweiz über die Bildungsvielfalts-Initiative abgestimmt wird. MZ-ARCHIV

te Rotacher, Präsidentin der kleineren Gemeinde Eptingen.

So waren sämtliche grosse Parteien - auch die SVP, die als einzige mehrheitlich Ja sagt zur Initiative - vertreten. Alle waren sie nach Liestal gekommen, um mit kurzen Statements einen speziellen Aspekt der Initiative zu beleuchten, um dann einhellig zum Schluss zu kommen, ein Ja am 30. November hätte verheerende Folgen für das Baselbieter Bildungssystem. Wiederholt wurde auch der Vorwurf erhoben, dass die Elternlobby eine «Mogelpackung» präsentiere, mit der es letztlich nur darum gehe, einzelne Privatschulen zu finanzieren.

Alle legten dar, weshalb die Initiative aus ihrer persönlichen (politischen) Warte abzulehnen sei. So wurde vor einer Zunahme des «Taxi Mama» (Maya Graf) gewarnt, vor einem Abbau des Service Public, der «alle sozialdemokratischen Alarmglocken läuten» lässt (Claude Janiak) und vor einer «Kostenspirale ohne Grenzen»

(Georges Thüring). Madeleine Göschke stellte fest, dass das Baselbiet bei einem Ja «mit Sicherheit auf eine Zweiklassengesellschaft» zusteure, und Urs Berger fügte die Gründe an, weshalb die KMU gegen die Liberalisierung des Baselbieter Bildungswesens sind.

Die beiden Gemeindepräsidentinnen sprachen von den einschneidenden Konsequenzen für die Volksschule. In Eptingen würde eine Schliessung

Schweden als Vorbild

Ganz wichtig ist dem Professor das Argument, dass «es keine richtige Lösung gibt». Deshalb dürfte es nicht sein, dass nur ein Schulkonzept vom Staat unterstützt wird. «Viele Wege führen bekanntlich nach Rom.» Man könnte auch die Stadt Pisa nennen, die als eine Art Synonym für eine hohe Bildung steht. Diesbergen empfindet das Schweizer System als innovationsträchtig und als Verhinderer von Selbstinitiativen und eigenen Ideen. Gegen anderslautende Vorwürfe ist auch für Diesbergen die Schule weiterhin Sache des Staates. Doch dieser soll die Wahlfreiheit soweit garantieren, bis die einzelnen Schulen diese Freiheit nicht einschränken.

Immer wieder führt er das System in Schweden als Beispiel an. In Skandinavien wurde Anfang der 90er Jahre eine ähnliche Initiative angenommen. Die unabhängigen Schulen hätten in über 15 Jahren nur um sechs Prozent zugenommen. Die nachgewiesene

Leistungssteigerung der Schüler stände in einem sehr guten Verhältnis zu den Mehrkosten, die der radikale Systemumschwung mit sich brachte.

Nach dem rund 45 Minuten dauernden Referat konnten die Zuhörer Fragen stellen und ihre eigene Position darlegen. «Viele Eltern sagen sich heute, «Papa Staat würde dies schon richten und ziehen sich aus der Verantwortung für ihre Kinder zurück», wirft etwa Pia Amacher, die Präsidentin der Elternlobby Schweiz und Motor hinter der landesweit beachteten Initiative, in die Runde. In den letzten Jahren werde immer wieder gefordert, die Eltern sollen für die Erziehung ihrer Kinder sorgen.

«Erziehungsverantwortung heisst aber auch Bildungsverantwortung, und diese ist mit dem heutigen System nicht gewährleistet», pflichtet Sibylle von Heydebrand Amacher bei. Sie und viele weitere engagierte Befürworter werden bis zum 30. November kämpfen.

der Schule drohen, und Aesch müsste eine Steuererhöhung von fünf Prozentpunkten ins Auge fassen. Schliesslich wurde auch betont, dass das Bild einer grauen, einfürmigen Volksschule in einem starren System, das die Befürworter entwerfen, in keiner Weise der Realität des Schulalltags entsprechen, zumal die Volksschulen heute teilautonom sind. Göschke sieht in der Initiative den Vorteil, dass man wieder einmal über die Vorzüge der Volksschule nachdenkt. «Weil die Initiative nichts über die Umsetzung sagt, würde die Bildung bei einem Ja auf Jahre hinaus blockiert», stellte Maya Graf fest. Baselland müsste sich aus allen Harmos-Bestrebungen ausklinken.

Nein auch zu Gegenvorschlag

Nicht ganz einig ist sich das Neinkomitee beim Gegenvorschlag, sie lehnt aber auch ihn mehrheitlich ab. Elisabeth Schneider: «Weil Baselland schon heute viel an Privatschüler zahlt und ein Ja danach ausschauen könnte, dass wir der Initiative doch noch etwas Positives abgewinnen.»

Das sehr prominente besetzte Gegenkomitee führte gestern nochmals ein ganzes Füllhorn an Gegenargumenten ins Feld.

JÜRIG GOHL

«Auf den ersten Blick erscheint die Initiative vielleicht verlockend», eröffnete CVP-Fraktionschefin Elisabeth Schneider-Schneider das Treffen des Gegenkomitees. Dann war es vorbei mit Nettigkeiten an die Adresse der Elternlobby. In der Folge wurde die Bildungsvielfaltsinitiative – von den Gegnern stets als «Privatschulinitiative» bezeichnet – aus allen erdenklichen Optiken auseinandergenommen. Dazu führen die Gegner mit prominenten Vertretern auf: Da sassen die Nationalrätinnen Kathrin Amacker und Maya Graf, Ständerat Claude Janiak, aus dem Landrat Elisabeth Schneider, Madeleine Göschke, Urs Berger, Georges Thüring und Marianne Hollinger. Letztere sass allerdings als Präsidentin der Grossgemeinde Aesch neben Rena-

Jung und Alt mit verschiedenen Meinungen

Der Polit-Nachwuchs Jungfreisinnige sind anderer Meinung als die «alte» FDP, CVP- und SP-Nachwuchs ist linientreu

Befürworter und Gegner, die sich auf Podien begegnen, gehören bisweilen der gleichen Partei an. Und die Freisinnigen machen ihrem Namen alle Ehre.

BEA ASPER

Die Freisinnigen Baselland haben mit deutlichem Mehr die Nein-Parole zur Bildungsvielfalts-Initiative beschlossen. Dies hält die Jungfreisinnigen allerdings nicht davon ab, gegenteiliger Meinung zu sein und mit grossen Standaktionen für die Initiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle» zu werben. Am vergangenen Wochenende versuchten die Jungfreisinnigen Baselland zusammen mit der Elternlobby in Gelterkinden, Liestal, Murtzuz und Munchenstein die Bevölkerung zu einem Ja und zum Stimmgen zu bewegen.

Die Jungpolitikerin Kaija Iseli zieht positive Bilanz: «Die Möglichkeit zum Austausch zum Thema freie Schulwahl wurde von der Bevölkerung reger ge-

Für die Jungfreisinnigen würden die Vorteile der Initiative überwiegen, betont Iseli: «Wir hoffen auf einen positiven Wahlausgang und sind sicher, dass die Initiative «Ja, Bildungsvielfalt für alle» sowohl für die privaten wie auch für die staatlischen Schulen eine grosse Chance ist, sich neu zu positionieren und die eigenen Stärken hervor zu heben. Damit unsere Kinder optimal gefördert werden und der Bildungsstandort Baselland gestärkt wird.»

SP und CVP sind sich einig

Genau das Gegenteil behaupten die Jungen von SP und CVP: «Die Initiative ist schlecht für die laufenden Schulreformen. Der Kanton soll nicht zum Sonderfall werden und als Versuchskaninchen fungieren», argumentiert Sabrina Mohr, Präsidentin der Jungen CVP Baselland. Sie unterstreicht: «Die Partei hat die Nein-Parole an ihrer Mitgliederversammlung einstimmig gefasst.» So sehen

die jungen wie die anderen Christdemokraten «in der Initiative eine Gefährdung der Durchmischung und Integration in der Schule.» Ausserdem wäre die Umsetzung sehr teuer und die Planbarkeit des Schulwesens würde «extrem erschwert», meint Mohr. Bei den Sozialdemokraten hingegen hat es Politikerinnen, die sich ebenfalls gegen «den Abbau der Volksschule» wehren, während sich Parteikollegen für die Initiative ins Zeug legen.

Wie sich die Junge SVP zur Initiative stellt, ist noch offen. Der Entscheid fällt erst an der nächsten Vorstandssitzung, erklärt Präsident Cédric Wernli. Dass die Meinung wie in der SVP Baselland schaft auseinander driften, sei aber nicht ausgeschlossen. Er persönlich votiere für ein Ja. Die freie Schulwahl auf der Primarstufe dränge sich längstens auf. Schliesslich sei die Wahlfreiheit bei den weiterführenden Schulen auch einmal eingeführt worden und heute unverzichtbar.